

**Protokoll Nr. 30**

über die 30. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung Hittisau am Dienstag, den 21.03.2023, um 20:00 Uhr im Gemeindehaus Hittisau, Sitzungssaal, 1. Obergeschoß.

Anwesende:Gemeindevertreter:

Gerhard	Beer, Bgm.
Anton	Gerbis, VizeBgm.
Magdalena	Bechter
Stefan	Steurer
Caroline	Jäger
Christoph	Feurstein
Georg	Vögel
Dipl.Inf. (FH) Dominik	Bartenstein
Manfred	Feuerstein
Manfred	Felder
Christiane	Eberle
Markus	Beer
Martin	Reichenberger
Ida Maria	Bals
Dietmar	Nußbaumer
Erich	Kohler
Simone	Bilgeri
Martin	Österle

ExpertInnen zu TOP 3+4: 2

GasthörerInnen: 6

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung des Protokolls Nr. 29
3. Zentrumsentwicklung: Vorstellung des Konzeptes zur Verkehrsberuhigung und Antrag auf Genehmigung
4. Parkraummanagement: offizieller Auftrag an die AG Zentrumsentwicklung zur Weiterbearbeitung
5. Kindergarten und Kleinkindbetreuung: Tarife für 2023/24
6. Kleinkindbetreuung/Familientreffpunkt: Räumlichkeiten für zusätzlichen Bedarf – Beschlussempfehlung aus dem „Bildungsausschuss“
7. Schwimmbadpreise 2023
8. Straßengenossenschaft Hittisau-Gfäll – Rechtseinräumung: Widmung Gemeingebrauch – Abtretung der Straßenfläche (gem. GV-Beschluss vom 18.07.2017)
9. Auszeichnungen für Personen, die sich um die Gemeinde besonders verdient gemacht haben (§2 (5) AZGG) – Empfehlung aus dem Gemeindevorstand
10. Berichte
11. Allfälliges

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bgm. Gerhard Beer eröffnet die 30. Gemeindevertretungssitzung um 20:00 Uhr und begrüßt die anwesenden MandatarInnen. Es wird festgestellt, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Bgm. Gerhard Beer begrüßt alle anwesenden GasthörerInnen sowie die Fachleute zu TOP 3 und 4.

2. Genehmigung des Protokolls Nr. 29

Das Protokoll Nr. 29 ist allen GemeindevertreterInnen mit der Einladung zur 30. Gemeindevertretungssitzung rechtzeitig zugestellt worden. Das vorliegende Protokoll der letzten Gemeindevertretungssitzung wird, mit den eingearbeiteten Änderungswünschen, einstimmig angenommen.

3. Zentrumsentwicklung: Vorstellung des Konzeptes zur Verkehrsberuhigung und Antrag auf Genehmigung

GV Erich Kohler berichtet, als Vorsitzender des Ausschusses Zentrumsentwicklung, von einer intensiven Planungsarbeit des gesamten 8-köpfigen Ausschusses, gemeinsam mit den Fachplanern DI Peter Muxel (Architektur), Mark Langner (Landschaftsplanung) und David Moosbrugger (Verkehrsplanung) sowie dem Moderator Mag. Peter Swozilek. Ausgehend vom Wettbewerb 2015 und dem Ergebnis der Bürgerbeteiligung vom Juni 2022 hat der Ausschuss zahlreiche Varianten diskutiert, laufend verbessert und sich schließlich einstimmig auf einen gemeinsamen Vorschlag geeinigt. Das Konzept wird von den Fachplanern vorgestellt. David Moosbrugger erläutert den Verkehrsplan, welcher im Wesentlichen eine durchgängige Begegnungszone mit Tempo 30 vorsieht, sowie zwei temporeduzierte Abschnitte auf der Landesstraße (siehe Anhang). Die Begegnungszone soll im Norden bei Haus Platz 199 (Geschäftshaus Graninger) beginnen, entlang der Gemeindestraße verlaufen und den gesamten Dorfplatz, inklusive der Landesstraße zwischen der Westseite der Kirche und dem östlichen Ende des Ritter-von-Bergmann Saales, beinhalten. Die Begegnungszone soll südlich der Landesstraße ebenfalls den gesamten Bereich zwischen Kinderhaus, der Südseite der Sennerei, der Südseite des Gemeindeamtes sowie den Bereich zwischen dem Schul-Campus und dem Pflegeheim bzw. dem Betreuten Wohnen umfassen. Die temporeduzierten Abschnitte auf der Landesstraße sind im Westen vom Kirchenbühl, bei Haus Nr. 375 (Böhler), bis zu Kirche, sowie im Osten vom Kinderhaus bis zum Ritter-von-Bergmann Saal. In Vorgesprächen hat sich gezeigt, dass sich die BH-Bregenz ein Tempo-Regime mit 30 km/h auf der Landesstraße grundsätzlich vorstellen kann, allerdings muss eine Temporeduktion durch entsprechende bauliche Maßnahmen unterstützt werden. Im Konzept sind daher sogenannte Interventionspunkte vorgesehen. Insgesamt sind 8 Interventionspunkte geplant. Architekt DI Peter Muxel erläutert die Gestaltung des Dorfplatzes. Als Weiterentwicklung zum Siegerprojekt von 2015 (Realisierungswettbewerb) ist vorgesehen, dass der Dorfplatz klimagerechter gestaltet werden soll und dass der Umfang, der von baulichen Maßnahmen betroffenen Verkehrsflächen, stark reduziert wird. Positiver Klimabeitrag soll eine teilweise Entsiegelung der Verkehrsflächen am Dorfplatz sowie die Bepflanzung mit (hochstämmigen) Bäumen sein. Der Vorsitzende des Ausschusses betont die Wichtigkeit eines von der Gemeindevertretung verabschiedeten Konzeptes im Hinblick auf die Abstimmung mit anstehenden Infrastrukturprojekten, welche im Bereich Landesstraße, Gemeindestraße und Dorfplatz zu massiven Grabungsarbeiten führen werden. In Sicht sind aktuell die Transportleitung des Trinkwasserverbandes Bregenzerwald nach Sibratsgfall, der Ausbau des Glasfaser-Netzes, die Sanierung der Landesstraße, der Neubau bei P199 sowie die Überarbeitung der Hittisau-internen Wasserversorgung. Die Synchronisierung mit diesen Projekten bedeutet einerseits, dass die Umsetzung der Verkehrsberuhigung in mehreren Teilabschnitten erfolgen wird, andererseits schafft dies im Gegenzug aber ein hohes Maß an Synergie und somit eine Minimierung der erforderlichen Ressourcen. Hinsichtlich der vorausgegangenen intensiven Beratungsphase gebührt dem gesamten Ausschuss Zentrumsentwicklung ein großer Dank, namentlich Dietmar Nußbaumer, Christoph Feurstein, Ida Bals, Stefan Steurer, Manfred Felder, Simone Bilgeri und Martin Reichenberger.

Bgm. Gerhard Beer bedankt sich für die jahrelange Arbeit des Ausschusses Zentrumsentwicklung und freut sich, dass sich das Projekt Schritt für Schritt weiterentwickelt. Federführend sei dem Ausschussvorsitzenden, GV Erich Kohler, zu danken, sowie den Projektgewinnern aus dem Architekturwettbewerb.

GV Dominik Bartenstein lobt insbesondere den Projekt-Prozess – Präsentationen, Einladung zu einer Vorabinformationsveranstaltung, welche von 15 GV-Mitgliedern besucht wurde und wesentlich zu einer gelingenden Informationsbereitstellung und -austausch beiträgt. Auch das Prozessergebnis sei lobend hervorzuheben: im Ausschuss sei, ob der starken Detailliertheit des Projektes, ein Konsens erzielt worden. Dabei seien Verkehrssicherheit und Begegnungsqualität wichtige Themen der Gegenwart und Zukunft. Positiv sei auch zu erwähnen, dass das Projekt über die Jahre hinweg an neue Gegebenheiten angepasst worden sei.

GV Georg Vögel bedankt sich für die Projektpräsentation und spricht dem Ausschuss Zentrumsentwicklung ein Lob für die geleistete Arbeit aus. Er sieht persönlich keine Dringlichkeit hinsichtlich einer planerischen Veränderung im Dorfzentrum und fragt sich, ob für alle Gemeindevertretungsmitglieder das Besinnen auf einen sparsamen Umgang mit budgetären Mitteln beibehalten, da es noch weitere anstehende Projekte (z.B. Pflegeheim, Feuerwehr, Bergrettung, Kinderbetreuung, Saal etc.) gebe. Der GV macht den Vorschlag, dass eine Geschwindigkeitsbegrenzung für den Bereich des Dorfzentrums angedacht werden könnte und eine Abstimmung hinsichtlich einer baulichen Veränderung des Dorfzentrums auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

GV Magdalena Bechter schließt sich dem Lob an den Ausschuss Zentrumsentwicklung an. Sie könne mit einigen der erwähnten Punkte gut mitgehen (u.a. Verkehrsberuhigung, Geschwindigkeitsreduzierung), auch sei der Pop-up Dorfplatz in den Planungen mitgedacht. Allerdings sei Hittisau bereits ein sehr grünes Dorf, mit Wiesen bis ins Dorfzentrum und Wäldern und Wegen in Fußnähe. Insgesamt könne sie aber mit den geplanten Projektideen nicht mitgehen, da aus ihrer Sicht ein enormer Energiebedarf für die Umbaumaßnahmen notwendig wäre. Sie würde aber hinter der Mehrheitsentscheidung der Gemeindevertretung stehen, auch wenn sie persönlich etwas anderer Meinung sei.

GV Christiane Eberle bedankt sich ebenfalls für die Konzeptausarbeitung und lobt den Ausschuss Zentrumsentwicklung für die gute Zusammenarbeit, v.a. dahingehend, dass alle Beteiligten berücksichtigt und eingebunden werden (Kfz, Rad, Fußgänger, Alte, Junge, Barrierefreiheit etc.). Auch wenn die Kosten hoch ausfallen würden, sollten die Bausynergien und Überschneidungen mit anderen anstehenden Projekten nach Möglichkeit genutzt werden. GV Martin Österle führt an, dass es auch verdeckte Kosten gebe, die bei einem solchen Projekt zu berücksichtigen seien, wie etwa Baumpflege oder Schneeräumung. Er ist der Meinung, dass ein kompletter Umbau des Dorfzentrums zu viel wäre, auch was die Kosten betrifft.

Vize-Bgm. Anton Gerbis erklärt, dass sich das vorläufige Ergebnis aus dem Projektprozess sehen lassen könne. Er stehe sog. „shared-space-Konzepten“ äußerst positiv gegenüber und erwähnt das Bsp. des Dorfzentrums in Schwarzenberg, wo deutlich zu erkennen sei, dass eine verringerte Geschwindigkeit für alle Beteiligten auf den Verkehrsflächen im Dorfzentrum gewinnbringend sei. So könnte sich auch Hittisau in eine Richtung entwickeln, welche unglaubliche positive Veränderungen mit sich bringen würde, etwa eine verringerte Verkehrsfrequenz, ein Zugewinn an Verkehrssicherheit, ein beruhigtes/ruhigeres Dorfzentrum und somit würde die Lebens- und Wohnqualität noch weiter steigen. Er sei überzeugt, dass sich diese Investition um ein Vielfaches rentieren werde, etwa auch Impulse für Märkte, Veranstaltungen, den Tourismus etc. bewirke. Das Parken sei dabei kritisch zu prüfen und eine verträgliche Lösung für ein gelingendes und akzeptiertes Miteinander zu erarbeiten.

GV Dietmar Nußbaumer führt an, dass der Auftrag an den Ausschuss Zentrumsentwicklung klar gefallen sei, welchen dessen Mitglieder ernst genommen hätten. So liege nun ein konkretes Projektkonzept vor. Es gehe aber bei der jetzigen Entscheidung nicht darum, das Projekt sofort umzusetzen, denn es soll nicht der Bau, sondern das Konzept verabschiedet werden. Wesentlich sei, das Konzept soweit vorgeplant vorliegend zu haben, dass, wenn andere Projekte umgesetzt werden, ebenfalls synergetisch mitgegangen werden kann. Die Herausforderung sei, hier zukünftig zu denken. Die konkreten Umsetzungsmaßnahmen müssten jedenfalls einzeln beschlossen werden.

GV Manfred Feuerstein bedankt sich ebenfalls für die Vorstellung des Projektes. Er bezweifelt, ob mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h eine Lärmreduktion erreicht werden könne. Ebenso sei er mit den geplanten Maßnahmen hinsichtlich den Straßenverengungen skeptisch.

GV Dietmar Nußbaumer berichtet, dass er mit GV Martin Reichenberger die Verkehrslage in Wolfurt angeschaut habe. Der Verkehr würde durch eine verringerte Geschwindigkeit (Begegnungszone) viel ruhiger fließen, auch könne so ein ständiges Anfahren weitgehend vermieden werden. Er würde den Vorredner einladen, sich die Verkehrssituation in Wolfurt und Schwarzach im Vergleich anzusehen, wobei GV Manfred Feuerstein verdeutlicht, dass er von Verkehrsflächenverengungen gesprochen habe.

GV Erich Kohler erklärt, dass das Konzept so zu verstehen sei, dass zumindest einmal hinsichtlich der Geschwindigkeit interveniert werden müsse (von 50 auf 30 km/h) und es im Nachgang, in gewissen Abständen, immer wieder bauliche „Erinnerungen“ brauche, damit die Geschwindigkeit niedrig gehalten werde. Insgesamt soll der Verkehr fließend verlaufen. Solche Interventionspunkte sollen so breit ausgestaltet sein, dass PKWs bei niedriger Geschwindigkeit problemlos aneinander vorbeifahren können.

GV Christoph Feurstein verdeutlicht, dass nur einige wenige Straßenverengungen geplant wären und bei geringer Geschwindigkeit keine Verkehrsprobleme entstehen sollten. Außerdem stünden einige Projekte an, bei denen die Straße aufgerissen werden muss. Daher wäre es aus seiner Sicht sinnvoll, dass die entstehenden Synergien aus unterschiedlichen Projekten genutzt werden.

GV Caroline Jäger spricht sich ebenfalls lobend gegenüber dem Projekt aus und tritt für zukunftsorientierte Entscheidungen ein. Es sei auch bei vergangenen Veranstaltungen (z.B. Sommer am Dorfplatz) im Dorfzentrum deutlich gewesen, dass eine rein auf Beschilderung setzende Geschwindigkeitsbegrenzung nicht die gewünschten Erfolge erziele, und so seien bestimmte Interventionspunkte im Eingangsbereich zum Dorfzentrum wichtig. Ev. würden auch die Kosten weniger hoch ausfallen, wenn die Flächen im Dorfzentrum weniger versiegelt (eher bekiest) ausfallen würden, auch würde ggf. die Schneeräumung teilweise entfallen können. Durch eine geringere Versiegelung wäre das Dorfzentrum auch grüner gestaltet. Dementsprechend soll auch der Straßenverkehr nachgerangt werden. Es würden bspw. immer wieder Gäste nach Hittisau kommen und sich über den Straßenlärm wundern, welchen sie auf dem Land so nicht erwartet hätten.

GV Martin Österle ist der Meinung, dass man die Schneeräumung für den Dorfplatz mitdenken muss.

Bgm. Gerhard Beer fasst zusammen, dass v.a. im Dorfzentrum viele Menschen mit dem Verkehr belastet sind. Grundsätzlich sei es die Aufgabe der Gemeindevertretung, eine lebenswerte und attraktive Gemeinde für die nächsten Generationen zu gestalten. Das in diesem Konzept Vorgestellte werde angedacht, wenn in Hinkunft bedarfsorientiert synergetische Arbeiten anfallen. Investitionen in Veränderungen, so wie sie präsentiert worden seien, würden für alle Menschen einen Mehrwert bedeuten. Die Attraktivität der Gemeinde würde eine höhere BesucherInnenfrequenz bedeuten und somit eine höhere Wertschöpfung. Gemeindeprojekte seien insgesamt nur möglich und realisierbar, weil sich die gute Finanzkraft aus der stattfindenden Wertschöpfung ergebe. Derartige Projekte vermitteln, dass wir ein zukunftsorientiertes, proaktives und sich weiterentwickelndes Dorf sind.

GV Stefan Steurer stellt klar, dass sich der Ausschuss Zentrumsentwicklung in vielen Diskussionsrunden Gedanken zum Projekt gemacht habe und appelliert für einen Kompromiss in diesem Projekt im Sinne der Allgemeinheit. Wesentlich sei das OK durch die Gemeindevertretung, um am Projekt weiterarbeiten zu können. Die jeweiligen Umsetzungen müssten jeweils einzeln diskutiert und abgestimmt werden. Hinsichtlich der 30 km/h-Zone gebe das Land bestimmte bauliche Elemente vor, welche dementsprechend umzusetzen sind.

GV Erich Kohler führt dazu an, dass die Kernfrage laute, ob im Dorfzentrum in Zukunft langsamer gefahren werden soll oder nicht. Wenn Ersteres, dann ergibt sich die Frage, wie dies erreicht werden soll, v.a. mit der Überlegung, dass eine beschilderte Geschwindigkeitsbegrenzung nicht reichen wird, weil zu wenig wirksam. Vergleichsweise würde es sich um minimale bauliche Veränderungen handeln, welche bereits eine wesentliche Verbesserung bewirken würden. Hinsichtlich der Kosten sei es seiner Meinung nach so, dass

wichtige (Infrastruktur-)Projekte nicht verhindert werden könnten, und so komme es auf das „richtige“ Timing an und dass die Prozesse gut funktionieren. Dementsprechend wäre zu begrüßen, wenn sich die Gemeindevertretung auf das präsentierte Konzept einigen könnte, um keine wertvolle Zeit zu verlieren. Danach werde Abschnitt für Abschnitt geplant, ausgearbeitet und über die Umsetzung abgestimmt (Plan – Konzept – Entscheidungsprozess). GV Martin Reichenberger erklärt, wenn nun das vorgelegte Konzept beschlossen werde, dann sei dies als Grundlage zu sehen, welche in Folge weiterentwickelt werde. Zukünftig muss der Plan mit anderen Projekten, welche Berührungsscharakter aufweisen abgestimmt werden. Wesentlich ist, dass der Masterplan für die Zentrumsentwicklung die Schnittstelle zu vielen anderen Projekten bilden soll, welche sich an das große Projekt andocken müssten. Die wesentlichen Projektgrenzen seien in Kompromissen erarbeitet und abgestimmt worden, an welchen man sich orientiere und anhalte.

GV Erich Kohler ergänzt, dass das vorgestellte Konzept keine in Stein gemeißelte Garantie auf Umsetzung darstelle, sondern ggf. stetig adaptiert werden müsse. Es könne daher auch passieren, dass in Bezug auf andere Projekte umgedacht werden müsse.

GV Simone Bilgeri führt an, dass sie hinsichtlich TOP 6 mehr als überrascht sei, da dies nun möglicherweise den im Ausschuss erreichten Kompromiss zunichtemachen könnte.

Hierauf geben GV Dietmar Nußbaumer und Manfred Felder an, dass dies unter TOP 6 erörtert werden soll.

Bgm. Gerhard Beer bringt den folgenden Beschlussantrag zur Abstimmung:

Die Gemeindevertretung möge dem Ausschuss für Zentrumsentwicklung den Auftrag erteilen, das vorgestellte Konzept weiterzuentwickeln und die nötigen Schritte für eine bedarfsorientierte Umsetzung in die Wege zu leiten.

Der Beschlussantrag wird, mit vier Gegenstimmen, angenommen.

4. Parkraummanagement: offizieller Auftrag an die AG Zentrumsentwicklung zur Weiterbearbeitung

GV Erich Kohler berichtet, dass die Gemeindevertretung im Dezember 2019 einstimmig beschlossen habe, den Schulerhalterverband (SEV) zu beauftragen, das Schulbauprojekt inkl. einer Tiefgarage, auf Basis eines vorgelegten Entwurfes, umzusetzen. Mit der Zustimmung zum Bau der Tiefgarage war auch die Erwartung an eine Re-Investition verbunden. Die Tiefgarage des SEV wird voraussichtlich im Herbst 2023, mit 52 Stellplätzen, in Betrieb gehen. Die Einführung einer Parkgebühr im Bereich der Tiefgarage wird jedoch nur dann Erfolg haben, wenn das einzuführende Parkraummanagement auch oberirdische Parkplätze miteinschließt. Deshalb hat der Ausschuss Zentrumsentwicklung ein grobes Konzept erarbeitet, welches der Ausschussvorsitzende GV Erich Kohler kurz vorstellt. Es gebe somit räumliche Überschneidungen mit dem Antrag aus TOP 3. Auch habe es bis dato noch keinen wirklichen „Startschuss“ des Projektes durch die Gemeindevertretung gegeben. Zielsetzungen für ein Parkraummanagement in Hittisau sind: Lenkung der Parkströme (Freiraum für Kurzparker – Handel, Gemeinde, Gastronomie, Kirche, Banken; Dauerparken im Zentrum erschweren); Erhöhung der Aufenthaltsqualität, Re-Finanzierung von Investitionen (z.B. Tiefgarage des SEV), Abstimmung und Gleichklang innerhalb der Region. All diese Punkte drehen sich um die Fragestellungen aus der sog. „Parkraummanagement-Triade“: Räumlicher Umfang, zeitlicher Rahmen und Gebühren innerhalb der Parkzone. Da gerade im Gemeindezentrum unterschiedliche Interessen bestünden soll diese Präsentation als Basis für eine grundsätzliche Richtungsentscheidung der Gemeindevertretung dienen, um, darauf aufbauend, weiterführende Gespräche führen und diese sowie das Projekt weiterentwickeln zu können. So gebe es den Vorschlag aus dem Ausschuss Zentrumsentwicklung, das gebührenfreie Parken innerhalb der Parkzone zeitlich zu limitieren. Dabei läge das generelle Parklimit bei 90 Min. (gratis, danach 0,25 EUR/15 Min., in ausgewählten „Hotspots“ bei 30 Min. (gratis, danach 0,25 EUR/15 Min.); Montag-Samstag (von 08:00-18:00 Uhr), Sonntag (von 10:00 bis 18:00 Uhr). Die Grundeigentümer und Stellplatzbesitzer werden in die Parkraumkonzeptentwicklung integriert. Das Ziel ist eine möglichst durchgängige Parkzone, als Grundlage für Klarheit und Einfachheit. Für den Fall einer Einbindung der privaten Stellplätze in eine gemeinsame Parkraummanagement-Zone sind seitens der Gemeinde

Kompensationsleistungen vorgesehen. AnrainerInnen werden über die Themen der Zentrumsentwicklung und des Parkraummanagements informiert sowie zur Auseinandersetzung damit eingeladen. Wesentlich sei auch die Synchronisierung der unterschiedlichen Projekte der Gemeinde, um Synergien zu nutzen. Wichtig sei auch, dass die Gemeindevertretung hinter diesem Projekt steht.

Vize-Bgm. Anton Gerbis zollt der Zentrumsentwicklungs-Ausschussarbeit großen Respekt und ist der Meinung, dass viele mit den erwähnten Punkten einverstanden sein werden. Wesentlich sei für ihn eine gute Kommunikation, mit zeitlichem Vorlauf, hinsichtlich der Projektumsetzung, aber auch, dass die Menschen, welche in Hittisau und für Hittisau tätig sind, leistbare und praktikable Parkmöglichkeiten vorfinden, denn auch in Hinkunft sei bez. der Arbeitsqualität Sorge zu tragen.

GV Christoph Feurstein führt an, dass erst mit den AnrainerInnen das Gespräch gesucht werden solle; danach könnten weitere Projektüberlegungen angestrebt werden. Grundsätzlich gehe es darum, dass die SEV-Tiefgarage bewirtschaftet werden müsse. In diesem Zuge gelte es sich zu überlegen, wie die oberirdischen Parkplätze im Zentrum bewirtschaftet werden sollen. Auch die PendlerInnen sollten mitgedacht werden. Beispielsweise gebe es im Kleinwalsertal seit einigen Jahrzehnten eine funktionierende Parkraumbewirtschaftung, z.B. auch in Immenstadt. Dort seien die Samstage zunächst aus der Bewirtschaftung ausgenommen gewesen, dann seien die Parkplätze der Geschäfte im Zentrum dauerhaft zugeparkt worden und so hätten auch die Gewerbetreibenden um eine Bewirtschaftung gebeten. Auch solche Szenarien sollten bedacht werden.

GV Magdalena Bechter ist der Meinung, dass der öffentliche Verkehr forciert werden sollte.

Vize-Bgm. Anton Gerbis pflichtet diesem Ansatz bei, erwähnt aber, dass heute noch nicht alle Arbeitsplätze durchgehend mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar seien und die Mitarbeitenden, gerade in Zeiten des Arbeitskräftemangels, unterstützt werden müssten.

GV Christoph Feurstein erklärt, dass die Erhaltung von Parkplätzen der Gemeinde jährlich etwas kostet, was zu berücksichtigen sei. Auch andernorts habe man sich inzwischen darauf eingestellt, dass für das Parken ein gewisser Beitrag entrichtet werden muss.

GV Dietmar Nußbaumer pflichtet dem Vorredner bei und erwähnt, dass der Bregenzerwald noch die „letzte Insel“ sei, wo Parken noch nicht bewirtschaftet sei. Der Verkehr nehme ständig zu und so sei jetzt die Möglichkeit, die Verkehrsströme aktiv zu lenken, vorausgesetzt, die AnrainerInnen im Dorfzentrum können für das Projekt gewonnen werden.

GV Dominik Bartenstein führt an, dass sich auch die EEG bereits dieses Themas angenommen hat und es seit 2020 eine Studie für den Vorderwald gebe. Wesentlich sei, dass das Parkraummanagement behutsam umgesetzt werden sollte. Auch seien die Kosten (u.a. für die Tiefgarage) zu berücksichtigen und Überlegungen hinsichtlich einer Kostenamortisierung anzustellen. Dazu müsse das gesamte Dorfzentrum miteinbezogen werden.

GV Georg Vögel befürchtet, dass durch das angestrebte Parkraummanagement im Dorfzentrum ein Schilderwald entstehen könnte und dann nur noch an nicht vorgesehenen Stellen geparkt werde. Ebenso sollte überlegt werden, wie weit die Parkraumbewirtschaftung reichen soll.

GV Erich Kohler erläutert hierzu, dass das Bewirtschaftungskonzept ab dem Startzeitpunkt genauestens auf Funktionalität beobachtet und kontrolliert werde, wenn notwendig auch adaptiert werde. Jedes Jahr würde es eine budgetmäßige Gebührenrunde geben, wo sich die Gemeindevertretung überlegen kann, wie das darauffolgende Jahr hinsichtlich der Parkraumbewirtschaftung (Gebühren) ausschauen soll. Im Ausschuss Zentrumsentwicklung gebe es die Übereinstimmung, sich dieser Herausforderung gemeinsam anzunehmen, wofür die Unterstützung der Gemeindevertretung wesentlich ist.

GV Magdalena Bechter merkt an, dass für eine funktionierende Parkraumbewirtschaftung auch eine Sanktionierung mitzudenken sei.

GV Dietmar Nußbaumer ist der Meinung, dass es genüge, wenn der Anfang und das Ende der Gebührenzone beschildert werde. So würde kein Schilderwald entstehen. Das Parkraummanagement sollte technisch so gut durchdacht sein, dass freie Parkplätze angezeigt werden. Sollten Nachjustierungen notwendig sein, müsste man dies akzeptieren.

GV Martin Reichenberger erläutert, dass das „Managen“ des Parkraumes das wesentliche

Stichwort sei. Oft seien die „besten“ Parkplätze im Zentrum sehr lange belegt, dort, wo geschäftliche AnrainerInnen/BesucherInnen vorrangig Parkmöglichkeiten vorfinden sollten. Dahingehend gebe es Optimierungspotenzial, auch iVm der Tiefgarage. Die technische Umsetzung sei zu diskutieren und so brauche es generell einen Auftrag aus der Gemeindevertretung, v.a. auch hinsichtlich der weiteren Beschäftigung im Ausschuss Zentrumsentwicklung.

GV Erich Kohler stellt den Antrag, dass der Ausschuss Zentrumsentwicklung durch die Gemeindevertretung beauftragt wird, das vorgelegte Initialkonzept mit den Interessen der privaten Stellplatzbesitzer abzugleichen und somit weiterzuentwickeln.

Der zeitliche Rahmen für die weiteren Schritte soll sich am Termin für die Inbetriebnahme der Tiefgarage des SEV orientieren.

Der Antrag wird, mit einer Gegenstimme, angenommen.

5. Kindergarten und Kleinkindbetreuung: Tarife für 2023/24

Bgm. Gerhard Beer erläutert, dass die Kindergarten- und Kleinkindbetreuungstarife immer im März vom Land vorgeschrieben werden. Somit soll für Vorarlberg eine Harmonisierung erreicht werden. Ab September 2023 kommt es zu einer Tarifierhöhung von 8,6% (gem. Lebenshaltungskostenindex). Die Tarife seien bereits im Gemeindevorstand (07.03.2023) diskutiert worden und es gebe eine einstimmige Empfehlung des Gemeindevorstandes zur Genehmigung durch die Gemeindevertretung.

GV Ida Bals führt zum Vergleich an, dass die Erhöhung vom Jahr 2021 auf das Jahr 2022 2,76% betragen habe. Das bedeutet im Konkreten, dass der Kindergartenbus ab September 2023 EUR 20,60 (pro Familie), der Beitrag für die Gesunde Jause und einen Geburtstagskuchen (Abrechnung pro Semester) EUR 21,70/Kind, das Mittagessen (Schulküche LOKAL) EUR 4,80/Mahlzeit und die Ferienbetreuung pro Vormittag (07.30-12.30 Uhr) EUR 8,30 beträgt. Die Tarife für die Kleinkindbetreuung würden in Hittisau im Landesdurchschnitt etwa im Mittelfeld liegen – eher etwas höher –, da Kleinkinder einen höheren Betreuungsaufwand benötigen.

GV Martin Reichenberger erkundigt sich hinsichtlich der Tarifierhöhung und merkt an, dass ihn der Vorgang dieser Kostenermittlung wundere. Die eigentliche Vorgehensweise sollte seiner Meinung nach darauf ausgerichtet sein, zu ermitteln, wo Möglichkeiten zur Kosteneinsparung lägen.

GV Ida Bals erklärt, dass diese Vorgehensweise vom Land so vorgegeben werde. Die Preise würden auf einem Schlüssel vom Land basieren, welcher für die jeweiligen Bereiche vorgegeben werde und möglichst sozial-verträglich ausgelegt sei. So sollen sich öffentliche und private Einrichtungen hinsichtlich der Tarife ähnlich einpendeln. Es gehe bei diesem TOP lediglich um die Verabschiedung der Tarife für den Kindergarten und die Kleinkindbetreuung für 2023/24.

Bgm. Gerhard Beer unterstreicht, dass es sich bei den Tarifen um eine Empfehlung vom Land handle. Im Bereich der Bildung investiere die Gemeinde berechtigterweise in die Zukunft der Gemeinschaft und stellt folgenden Beschlussantrag:

Der Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung, die Elterntarife für Kindergarten und Kleinkindbetreuung entsprechend der vorgelegten Tarifaufstellung zu genehmigen. Der Beschlussantrag wird einstimmig angenommen.

6. Kleinkindbetreuung/Familientreffpunkt: Räumlichkeiten für zusätzlichen Bedarf – Beschlussempfehlung aus dem „Bildungsausschuss“

Bgm. Gerhard Beer erläutert, dass aufgrund der Bedarfserhebung über die Kleinkindbetreuung in Hittisau nachvollziehbar ist, dass hier Handlungsbedarf besteht und Entscheidungen getroffen werden müssen. Dementsprechend hat der Bildungsausschuss in der dritten gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss Familie/Soziales/Integration/Inklusion u.a. über die weitere Vorgehensweise „Angebot Kinderbetreuung Hittisau“ (Wie schaffen wir es, den bestehenden Bedarf abzudecken? Was müssen wir tun, was wollen wir tun?) und über einen Familientreffpunkt (Wie und wollen wir den Familientreffpunkt umsetzen?) beraten.

Der Bgm. bittet GV Magdalena Bechter, über den Prozess zu berichten:

GV Magdalena Bechter führt aus, dass Kinderbetreuung ein großes Thema sei, mit welchem sich die Gemeinde zu befassen hat. Es werde immer dahingehend argumentiert, dass neue Einrichtungen gebaut werden müssten, weil vermehrt beide Elternteile berufstätig sind; außerdem schreibe das Kinderbildungsgesetz ab 2023, für 1, 2, und 3-Jährige die Schaffung eines Betreuungsangebotes vor. Die Gemeinde habe für alle Kinder zu sorgen, auch dahingehend, dass sie einen Platz in der Kinderbetreuung haben. Auch sei zu berücksichtigen, dass nicht jede Familie die gleichen Voraussetzungen habe und Familien sehr unterschiedlich ausgestaltet sein können, was ebenfalls zu berücksichtigen sei. Auch sei generell die Arbeitsmarktpolitik zu berücksichtigen. Dabei seien oft Vorurteile und Beurteilungen zu vernehmen, da es unterschiedliche Meinungen in der Bevölkerung gebe. Die Bedarfserhebung habe das Ergebnis ergeben, dass in Hittisau 24 Familien Bedarf für einen Platz in der Kinderbetreuung haben. Da die Ausweichschule ab Herbst 2023 nicht mehr zur Verfügung steht, gebe es einen Betreuungsnotstand, welcher zu decken sei. Dementsprechend sei die Gemeindevertretung beauftragt, zu entscheiden, wie mit den genannten Vorgaben umzugehen sei.

Der Projektentwurf für den möglichen Neubau einer Kinderbetreuungsstätte sei relativ kurzfristig übermittelt worden. Auch sei der Standort, auf der sog. „grünen Zunge“ spannend. Dieser wäre aber aus Holz und böte auch Platz für einen Familientreff. Benedicte Hämmerle (imPlus) habe die Diskussion hierüber geleitet und führe die Konzeptbegleitung durch. Die Ausschüsse seien bemüht, eine Lösung zu finden, auch hinsichtlich der Standortfrage. Bildung sei generell wichtig. Ihre persönliche Meinung sei, dass man hinterfragen könne, ob eine Kleinkindbetreuung für 1–3-Jährige außerhalb der Familie notwendig sei, verstehe aber Familien, die keine andere Wahl hätten. Auch sollte der mögliche Standort auf der „grünen Zunge“ gut überlegt werden und ggf. wäre es sinnvoll, auch andere mögliche Leerräume zu eruieren, sollten solche vorhanden sein. Auch sollte mit den Familien das Gespräch gesucht werden, um gemeinsame Lösungen zu finden. Wichtig sei zu erwähnen, dass sich der Bildungsausschuss für Familien und Kinder einsetze; in der Gemeindevertretung würden auch andere Betrachtungspunkte eine Rolle spielen (Raumplanung, Landwirtschaft etc.), auch könnte eine finanzielle Unterstützung für Familien diskutiert werden, welche ihre Kinder zuhause betreuen. Wesentlich sei zu erwähnen, dass Familien nicht verpflichtet sind, ihre Kinder in die Kleinkindbetreuung zu geben. Auch müsste im Zuge des Ausbaus der Kinderbetreuung auch die Aufstockung des PädagogInnenpersonals, der Räume sowie deren Erhaltung – auch hinsichtlich der Finanzierung – mitgedacht werden.

GV Ida Bals ist auch der Meinung, dass sie hinsichtlich einer möglichen Bebauung der „grünen Zunge“ ebenfalls Bedenken habe. Allerdings gebe es Fakten (Bedarfserhebung), welche nicht ignoriert werden könnten. Es habe bereits im Oktober 2022 Workshops zu Familientreffpunkten (niederschwellige Treffpunkte zum Austausch für Eltern) gegeben. Es gebe auch bereits die private „Purzellbaumgruppe“-Kinderbetreuungsgruppe, welche durch Stefanie Hagspiel angeboten werde. Es sei ersichtlich, dass Bedarf vorhanden ist, unabhängig von der Einrichtung (öffentlich oder privat). Es seien auch mehrere Standorte, wie GV Magdalena Bechter bereits erwähnt hat, geprüft worden. Weitere Vorschläge seien stets willkommen. Die Bedarfserhebung vom Februar 2023 zeige, 88% aller 3-Jährigen (32 Kinder) Bedarf haben, 60% aller 2-Jährigen (19 Kinder) und über die Hälfte aller 1,5-Jährigen (7 Kinder). Die Kinderzahlen seien insgesamt nicht nach oben gegangen; allerdings würden die Kinder die Betreuungseinrichtungen öfters und somit an mehreren Tagen in der Woche (im Vgl. zu Vorjahren) besuchen. Viele Eltern hätten dementsprechend, aufgrund ihrer Berufstätigkeit, aber auch aufgrund ihrer Familiensituation (nicht immer können Verwandte mit der Übernahme von Betreuungszeiten unterstützen) keine andere Wahl als die Kinderbetreuungseinrichtung. Jene Eltern, die die Kinderbetreuungseinrichtung nutzen wollen, sollen die Möglichkeit dafür haben. Generell ist dies eine persönliche Entscheidung jeder Familie.

Bgm. Gerhard Beer schildert, dass die Zahlen (Bedarfserhebung) nicht überraschend seien. Der Kibe-Bedarf wird steigen, wenn ab 2025 der Versorgungsauftrag vorgibt, dass es für 2-Jährige einen Betreuungsplatz braucht. Auch wird die Erwerbstätigkeit von Frauen in Zukunft weiter steigen und auch mehr 1 bis 1,5-Jährige werden einen Betreuungsplatz benötigen. Es seien mehrere räumliche Möglichkeiten geprüft worden, welche allerdings aus

unterschiedlichen Gründen nicht funktionieren. Die Räumlichkeiten sollten u.a. zentrumsnah und fußläufig erreichbar sein. Der Standort auf der „grünen Zunge“ wäre als Alternative ev. möglich. Dazu seien Johannes Kaufmann und Partner GmbH gebeten worden, eine erste Entwurfskizze anzufertigen. Grundsätzlich ist die zeitliche Vorgabe, dass bis Herbst 2023 entsprechende Räumlichkeiten einzugsfertig bestehen müssen. Dafür brauche es generell einen Beschluss aus der Gemeindevertretung, auch müssten im Nachgang noch Förderanträge u.a.m. ausgearbeitet werden. Es sei generell sehr erfreulich, dass die Entwicklungen in und um Hittisau weitergehen. Diskussionen seien zu erwarten gewesen, welche von Benedicte Hämmerle gut moderiert worden seien. Nun bestehe die Bitte um das Einbringen von Ideen hinsichtlich Möglichkeiten zur Unterbringung der zusätzlichen Kinderbetreuungsgruppen.

Für GV Magdalena Bechter ist wesentlich festzuhalten, dass, wenn keine Lösungen gefunden werden sollten, auch gemeinsam kommuniziert werde. Gesetzlich habe man nun ein Jahr Puffer für die Umsetzung (bis 2024). Auch würde sie sich für den Familientreffpunkt einsetzen, welcher zum Austausch für zugezogene Eltern sowie auch für Einheimische förderlich wäre. Ein Familientreffpunkt könnte auch gemeindeübergreifend gedacht werden, aber auch die Kinderbetreuung. Bspw. würden die Jagdberggemeinden in diesem Bereich zusammenarbeiten. Ev. könnte die Zahnarzt-Räumlichkeit im Gemeindehaus oder das Sennereimuseum hinsichtlich einer möglichen Kibe-Räumlichkeit überlegt werden. Es bestünde aus ihrer Sicht auch die Möglichkeit, privaten Raum (Bauernhof) für mehrere Kinder zur Verfügung zu stellen. Das Interesse an Waldkindergärten sei generell ein großes. Für den Familientreffpunkt ist auch ein einfacher Raum denkbar. Es geht um den sozialen Kontakt und nicht darum, dass wir in ein schönes Haus bekommen.

GV Ida Bals ist der Meinung, dass der Familientreffpunkt derzeit nicht die große Herausforderung darstelle – wenn es sich räumlich und budgetär ausgehe, werde er umgesetzt und sonst zu einem späteren Zeitpunkt. Auch wäre es nicht vorteilhaft, wenn die Kibe-Gruppen über das Dorf verteilt werden würden. Es würden jeden Tag mind. ein dutzend Betreuungsplätze fehlen. Es seien zwischenzeitliche zahlreiche Varianten durchgedacht worden und es brauche eine praktikable und nachhaltige Lösung.

GV Simone Bilgeri erkundigt sich nach den Kinderzahlen von NithittisauerInnen bzw., wie hoch der Bedarf von Auswärtigen sei.

GV Ida Bals führt dazu an, dass 2 Kinder aus Sibratsgfäll die Kibe besuchen sowie 3 Kinder aus Riefensberg die Waldspielgruppe, ebenso 3 Kinder aus Balderschwang. Sibratsgfäll führe derzeit Gespräche mit der Diözese Feldkirch (ggf. zur Verwendung des Pfarrhauses); mit Riefensberg und Sibratsgfäll gebe es aber eine Kibe-Kooperation und somit auch eine höhere Förderung über 3 Jahre. Dementsprechend hat Hittisau den Auftrag, die entsprechenden Vorgaben umzusetzen.

GV Simone Bilgeri erkundigt sich hinsichtlich des Standortes der Containerschule, wo bereits alle Anschlüsse (elektr. etc.) vorhanden wären und ob dies nicht ein möglicher zusätzlicher Kibe-Standort wäre. Auch würde ihr der Dachboden des Pflegeheimes einfallen, welchen man für eine mögliche Verwendung prüfen könnte. Auch die Zahnarztträume im Gemeindehaus könnte man prüfen.

Bgm. Gerhard Beer führt an, dass die vorgeschlagenen räumlichen Alternativen bereits geprüft worden seien. Auch seien Containermieten eruiert worden; Schulcontainer seien von PädagogInnen sowie Eltern für nicht zumutbar befunden worden. Hinsichtlich des Pflegeheimes sei noch nicht konkret entschieden worden, wie sich dieses weiterentwickeln soll (siehe: TOP 10: Berichte). Der Dachboden des Pflegeheimes wäre ev. eine Alternative, in welche ebenfalls investiert werden müsste.

GV Magdalena Bechter erklärt, sie könne sich vorstellen, mit dem Pfarrer das Gespräch zu suchen, ob ev. im Pfarrhof (ähnlich wie in Sibratsgfäll) eine Räumlichkeit zur Verfügung stehen könnte.

GV Georg Vögel gibt an, dass der Bedarf für eine zusätzliche Kibe-Räumlichkeit außer Zweifel stehe und führt den Jugendraum als ev. Möglichkeit an, welche man prüfen könnte.

GV Caroline Jäger erwähnt, dass der Jugendraum ev. nicht die notwendigen Voraussetzungen (z.B. wenig Tageslicht über Lichtschächte) für eine Kinderbetreuungseinrichtung mitbringe, was Bgm. Gerhard Beer unterstreicht.

Vize-Bgm. Anton Gerbis erklärt, dass räumliche Alternativen angedacht werden sollen. Manche Dinge müssten umgesetzt werden. Das Ziel müsse sein, das Bestmögliche zu tun, bis im Herbst eine geeignete Räumlichkeit zur Verfügung stehe.

GV Dietmar Nußbaumer stellt die Frage, was von der Gemeindevertretung zum jetzigen Zeitpunkt genau benötigt werde, damit die weiteren notwendigen Schritte eingeleitet werden können. Auch mit den Alternativen soll man sich intensiv beschäftigen. Weitere alternative Räumlichkeiten sollen bis zu einer konkreten Entscheidung weiter eruiert werden. Aus Erfahrung werden die baulichen Auflagen bei den genannten alternativen Varianten groß sein. Bgm. Gerhard Beer erklärt, dass eine erste Skizzierung sowie eine grobe Kostenabschätzung (ca. EUR 850.000) für einen Neubau auf der „grünen Zunge“ vorliegen würden. Es sei auch eruiert worden, was eine Containermiete auf eine bestimmte Zeit kosten würde. Dabei beliefen sich die Miete inkl. Zusatzarbeiten auf ca. EUR 400.000 (auf 4 Jahre gerechnet). Wenn eine andere Lösung gefunden werden könnte, selbst wenn diese auch nur temporär ausfallen würde, könnte dies später auch einem anderen Nutzen zugeführt werden. Daher sei die Überlegung gewesen, bei einem Neubau auf einen entsprechenden Qualitätsanspruch zu setzen. Auch wären Förderungen von bis zu 30% möglich. Die Skizze sei von Johannes Kaufmann & Partner eingeholt worden, weil diese viel Erfahrung mit solchen Holzbaukonstruktionen haben und auch schnell in der Umsetzung (bis Herbst 2023) wären.

GV Markus Beer führt an, dass er sich die Örtlichkeit auf der „grünen Zunge“ nicht vorstellen könne und für ihn sei auch eine derart schnelle Lösung nicht ideal. Für ihn sei eine kurzfristige Überbrückungslösung der ideale Weg und auf längere Sicht sei intensiv nach einer konkreten Lösung zu suchen.

Auch für GV Martin Reichenberger ist die genannte Örtlichkeit („grüne Zunge“) inakzeptabel. Auch sollte sich der RPA zu diesem Vorschlag äußern und seine Einschätzung abgeben. Die zusätzliche Überquerung über Landesstraße wäre bei diesem Vorschlag ebenfalls mitzudenken, was, v.a. hinsichtlich der Planungen der Zentrumsentwicklung auch nicht ideal sei. Seiner Meinung nach sollte für die nächsten Jahre eine kostengünstigere Variante gefunden werden, um dann etwas Konkretes und Langfristiges zu eruieren.

GV Dominik Bartenstein ist es viel Wert, auf die „grüne Zunge“ zu achten. Die Fläche sei bereits gewidmet. Lt. einer ersten Durchsicht der vorgestellten Planskizzen werde auf sie die Sichtachsen vorgesehen und eine Rücksichtnahme auf den notwendigen Einblick vorhanden. Architektonisch handle es sich, seiner Einschätzung nach, um ein gelungenes Gebäude und so könne er sich raumplanerisch zur Not ein solches Gebäude vorstellen, sollten keine Alternativen gefunden werden.

GV Ida Bals erwähnt hinsichtlich einer möglichen Containerlösung (als Übergangslösung), dass es entweder eine Förderung für die Container oder für einen Bau gebe und somit nicht für beides.

GV Martin Reichenberger ist der Meinung, dass es sich hierbei um ein Beispiel handle, wo das Land von oben etwas vorgebe, was die Gemeinde nun umsetzen müsse. Diese Vorgangsweise sollte diskutiert werden und auch vom Land sollte etwas mehr beigesteuert werden.

Für GV Magdalena Bechter wäre es interessant, eine tatsächliche Bedarfserhebung zu eruieren und nicht nur eine theoretische. Es sei in mehreren Bundesländern Thema, Familien finanziell zu unterstützen, welche ihre Kinder zuhause betreuen. Auch würden Betreuungszeiten als Pensionszeiten angerechnet. Druck auf die Kinder könne jedenfalls nicht die Lösung sein. Es gebe viele Möglichkeiten und so wäre eigentlich der Bund gefragt, Lösungen zu finden.

GV Christoph Feurstein erwähnt, dass Eltern auch Versicherungszeiten bedenken müssten und in unserer Gesellschaft das Thema „Altersarmut“ ein zunehmendes sei.

GV Stefan Steuerer deutet an, dass die Gemeinde hinsichtlich der Kinderbetreuung auch neue Wege überlegen und möglicherweise auch vermehrt auf private Einrichtungen setzen könnte. Auch sollten die raumplanerischen Punkte bez. des Standortes mitgedacht werden und vorherige Gemeindevertretungen hätten sich ebenfalls für den Erhalt des Freiraumes der „grünen Zunge“ eingesetzt.

GV Magdalena Bechter führt dazu an, dass bereits zahlreiche Unternehmen private Kinderbetreuungseinrichtungen anbieten würden.

GV Dietmar Nußbaumer führt weiter aus, dass Unternehmen verantwortlich seien, dass ArbeitnehmerInnen eine praktikable Kinderbetreuung vorfinden. Es habe in der Vergangenheit bereits ein Projekt „Zentrumsentwicklung 2.0“ gegeben, welches gescheitert sei; ansonsten wäre die „grüne Zunge“ bereits verbaut worden. Wenn nun angedacht werde, ggf. – mangels Alternativen – die „grüne Zunge“ zu bebauen, wäre dies ein großer Kompromiss. Die Krux sei, dass die idealen Grundstücke und Gebäude derzeit nicht zur Verfügung stehen würden. Eine Containerlösung würde ca. EUR 400.000 kosten und die Variante mit der Bebauung der „grünen Zunge“ ca. EUR 850.000. Auch wäre es fahrlässig, eine Förderung für eine Zwischenlösung zu verschenken. Es müssen daher Alternativen geprüft werden und dann soll eine Entscheidung getroffen werden.

Vize-Bgm. Anton Gerbis ist der Meinung, dass es eine Elternaufgabe sei, gemeinsam auf Kinder zu schauen. Auch gesetzlich ist es vorgegeben, dass die Gemeinde den Bedarf abdecken muss (spätestens in einem Jahr). Zumindest sollte sich nun die Gemeindevertretung darauf einigen, sich für die Bedarfsabdeckung hinsichtlich der Kinderbetreuung einzusetzen und auch Alternativen abzuklären.

Bgm. Gerhard Beer erklärt, die Gemeindevertretung möge sich der Empfehlung des Vize-Bgm. anschließen und den Beschlussantrag derart zu formulieren, dass sich der Bildungsausschuss, zusammen mit dem Ausschuss Familie/Soziales/Integration/Inklusion, noch einmal Gedanken macht, damit für die 24 Familien, welche Bedarf angemeldet haben, bis zum Herbst eine Lösung gefunden werden kann.

Vize-Bgm. Anton Gerbis nimmt den Auftrag des Bgm. für die Ausschüsse an. So sollen Alternativen zügig abgeklärt werden. Er empfiehlt eine außerordentliche Gemeindevertretungssitzung mit diesem TOP.

GV Magdalena erklärt sich bereit, Alternativen abzuklären. Danach müsse die Gemeindevertretung einen Beschluss fassen.

GV Manfred Felder führt an, dass das Projekt erst sehr kurzfristig vorgestellt worden sei und eine längere Entscheidungsphase Sinn mache.

GV Erich Kohler ist der Meinung, dass eine Einigung auf die grundsätzlichen Punkte wesentlich sei. Derzeit stünden technische Fragen an und der eruierte Kinderbetreuungsbedarf müsse gedeckt werden, was auch gesetzlich so vorgegeben werde.

GV Martin Reichenberger ergänzt dazu, dass die möglichen Förderungen eruiert werden sollen. Bestenfalls sollte dies der Bgm. mit dem Land abklären, was Bgm. Gerhard Beer bestätigt.

GV Magdalene Bechter verliest den folgenden Beschlussantrag:

Die Gemeindevertretung ist dafür, dass das Thema „Neuerrichtung von Räumlichkeiten für eine Kleinkindbetreuungseinrichtung, zur Abdeckung des erwarteten zusätzlichen Bedarfs ab Herbst 2023“ in den Bildungsausschuss sowie in den Ausschuss Familie/Soziales/Integration/Inklusion zur weiteren Abklärung rückgeschoben wird; sobald eine Lösung gefunden werde, soll eine außerordentliche Gemeindevertretungssitzung einberufen werden.

Der Beschlussantrag wird einstimmig angenommen.

7. Schwimmbadpreise 2023

Bgm. Gerhard Beer erläutert, dass Georg Bals einen übersichtlichen Vergleich der Schwimmbadpreise zum Vorjahr 2022 erarbeitet hat. Die Preiserhöhung sei dabei mit anderen Schwimmbäderpreisen abgestimmt, sodass die Preisanpassungen im Rahmen der Indexerhöhungen liegen. Die Anpassung nach dem Alter der SchwimmbadbesucherInnen sei dabei entsprechend angepasst worden. Die Preiserhöhungen belaufen sich auf 10,13%.

Bgm. Gerhard Beer stellt den Beschlussantrag, die Schwimmbadpreise für das Jahr 2023, wie vorgestellt, zu genehmigen. Der Beschlussantrag wird einstimmig angenommen.

8. Straßengenossenschaft Hittisau-Gfäll – Rechtseinräumung: Widmung Gemeingebrauch – Abtretung der Straßenfläche (gem. GV Beschluss vom 18.07.2017)

Bgm. Gerhard Beer erläutert, dass bei der Genossenschaftsstraße Gfäll, in Auftrag besagter

Straßengenossenschaft, die Schlussvermessung durchgeführt worden sei. Die Straßengrundfläche soll dabei, anknüpfend an die Gründungsniederschrift vom 03.07.2017 und an den Gemeindevertretungsbeschluss vom 18.07.2017, im Wege des §15ff LTG (Liegenschaftsteilungsgesetz) an die Straßengenossenschaft Hittisau-Gfäll übertragen werden. Die Vermessung ist dabei im Teilungsplan der Ender Vermessung ZT GmbH (GZ 3143-18, vom 20.12.2022) dokumentiert. Die vorliegende Beschlussfassung – insgesamt 3 Beschlüsse –, welche Erwin Steurer vorbereitet habe, sei notwendig, damit die Wegstrecke im Grundbuch eingetragen werden könne:

- a) Als bisherige Eigentümerin stimmt die Gemeinde Hittisau der Zu- und Abschreibung der Trennstücke 1-19 aus Gst-Nr. 428/10 in EZ 50 KG Bolgenach mit einer effektiven Zuwachsfläche von insgesamt 876m² zu.
- b) Gleichzeitig wird der Gemeindegebrauch auf den abzuschreibenden Flächen betreffend Gst-Nr. 428/10 aufgehoben und auf den zuzuschreibenden Wegflächen neu gewidmet.
- c) Die gemäß Schlussvermessungsurkunde ausgewiesene Gst-Nr. 428/10, mit der neuen Straßenfläche 2.127m², wird unter der Bedingung, dass Fußgänger und Fahrradfahrer den Weg weiterhin ohne Einschränkungen nutzen können, kostenlos abgetreten.

Der Bürgermeister wird beauftragt, den Antrag auf grundbücherliche Durchführung nach den Sonderbestimmungen des Liegenschaftsteilungsgesetzes §§15ff zu unterfertigen und die Verbücherung im Sinne des Antrages zu veranlassen.

Der vorliegende Beschlussantrag (a, b, c) wird einstimmig angenommen.

9. Auszeichnungen für Personen, die sich um die Gemeinde besonders verdient gemacht haben (§2 (5) AZGG) – Empfehlung aus dem Gemeindevorstand

Bgm. Gerhard Beer erläutert, es handle sich hinsichtlich dieses TOPs um ein Thema, mit welchem sich Bgm. und VizeBgm. seit Längerem beschäftigt hätten. Coronabedingt habe sich eine Verzögerung eingestellt. Es gehe hierbei darum, Menschen für deren überdurchschnittliches Wirken in der und für die Gemeinde Hittisau zu würdigen und offiziell eine entsprechende Anerkennung und Wertschätzung – welche auch etwas wert sein dürfe – mit einem Verdienstzeichen, auszusprechen. Dies sei auch bereits im Gemeindevorstand diskutiert worden. Voraussetzung sei, dass die vorgeschlagenen Personen auch bereit sind, eine solche Ehrung auch anzunehmen. Das Auszeichnungs- und Gratulationengesetz (AZGG) gebe als Rechtsvorschrift den rechtlichen Rahmen für Auszeichnungen/Ehrungen vor. Das AZGG (§2 Abs. 5, LGBl. Nr. 79/2016) gebe die genaue Vorgehensweise vor, etwa, wie ein Ehrenzeichen auszugestalten sei.

Folgende Personen werden vom Gemeindevorstand zur Überreichen einer Ehrung vorgeschlagen:

- Ernst Saltuari: Obmann/Funktionär in versch. Vereinen/Verbänden (z.B. Verkehrsverein, Kameradschaftsbund, Seniorenbund, Pensionistenverband)
- Hubert Dorner: u.a. Kommandant bei der Freiwilligen Feuerwehr
- Konrad Hagspiel: Funktionär/Musikant; ehrenamtlicher Helfer, Handwerker, Zurverfügungsteller in untersch. Bereichen
- Herbert Bilgeri: Obmann/Funktionär in versch. Vereinen/Verbänden (z.B. Musikverein, Zunft), Gemeindevorteiler 1985-1990/Gemeinderat 1985-1990
- Reinhold Eberle: Obmann/Funktionär in versch. Vereinen/Verbänden (z.B. Musikverein, Handel), Visionär (Energieautonomie u.a.m.), Gemeindevertreter 1990-2005, Gemeinderat 1990-1993/2000-2005, Vize-Bürgermeister 1993-2000
- Michael Bartenstein: Obmann/Funktionär in versch. Vereinen/Verbänden (z.B. Chor, Ensemble89 u.a.m.), Gemeindevertreter 1980-2020, Gemeinderat 2010-2015
- Josef Maurer: Lehrer/Funktionär in vielfältiger Weise, Gemeindevertreter 1990-2015, Gemeinderat 1990-2000, Vize-Bürgermeister 2000-2015
- Resi Bals: Tradition, Dorfplatzpflege, Einsatz für die Allgemeinheit in vielfältiger Weise

- Walter Feurstein: Obmann/Funktionär in versch. Vereinen/Verbänden (z.B. Musikverein, Zunft, FC, u.a.m), Gemeindevertreter 2005-2015
- Erna Metzler: Witwe, Gastwirtin, Visionärin, Vorbild
- Wilfried Eberle: Obmann/Funktionär in versch. Vereinen, Verbänden (z.B. Fischereibewirtschafter, Zunft), Visionär (Energie); GF Dietrich(ArboneLorraine/Mersen, Gemeindevertreter 1990-2010
- Helmut Scheffknecht: Obmann/Funktionär in versch. Vereinen/Verbänden (z.B. Lawinenkommission, Fischerei), Gemeindefotograf
- Fred Plötzeneder: Gemeindearzt und Funktionär (z.B. Bergrettung, Notarzt u.a.m.), Gemeindevertreter 1980-1990
- Monika Arnold: Trachtenfunktionärin
- Elisabeth Stöckler: Autorin des Heimatbuches, eig. Gründerin des Frauenmuseums, Gemeindevertreterin 2000-2010
- Roman Dorner: Unterstützer in unterschiedlichsten Bereichen, geschätzte gute Seele im Dorf, Gemeindevertreter 1995-2005

Ebenso sollen die ausgeschiedenen GemeindevertreterInnen (2015-2020) geehrt werden:

- Markus Schwärzler: Gemeindevertreter 2010-2020, Gemeinderat 2015-2020
- Dieter Nußbaumer: Gemeindevertreter 2015-2020, Gemeinderat 2015-2020
- Georg Bals: Gemeindevertreter 2015-2020
- Michael Bartenstein: Gemeindevertreter 1980-2020, Gemeinderat 2010-2015
- Kurt Hagspiel: Gemeindevertreter 2015-2020
- Brigitte Nenning: Gemeindevertreterin 2005-2020
- Klaus Schwarz: Gemeindevertreter 1985-2015, Gemeinderat 1990-1995, Bürgermeister 2012-2015

Ein Ehrungsnachmittag soll noch im April stattfinden, so Bgm. Gerhard Beer.

Bgm. Gerhard Beer führt an, dass auch die Ersatzmitglieder der Gemeindevertretung aus der letzten Periode (2015-2020) geehrt werden könnten und regt an, dass sich die Gemeindevertretung dazu äußern möge.

GV Dietmar Nußbaumer macht den Vorschlag, Anton Hagspiel (Busunternehmer) der Liste der zu Ehrenden hinzuzufügen.

VizeBgm. Anton Gerbis erläutert den Vorschlag, alle Ersatzmitglieder aus der letzten Gemeindevertretungsperiode (2015-2020) zu ehren oder keine. Auch den Vorschlag, Anton Hagspiel zur Ehrung vorzuschlagen, könne er unterstützen.

GV Magdalena Bechter erklärt, dass derartige Ehrungen auch mit dem Projekt „Soziale Nahversorgung“ in Verbindung stehen würden. Ehrenamtliches Engagement sei sehr wertvoll und soll daher auch gebührend wertgeschätzt werden.

Bgm. Gerhard Beer stellt den Antrag, die Gemeindevertretung möge sich der Empfehlung des Gemeindevorstandes anschließen, die angeführten Personen, welche sich um die Gemeinde Hittisau besonders verdient gemacht haben, zu ehren.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

10. Berichte

Aus dem Gemeindevorstand:

- Herbert Baldauf: Grundteilung
- Josef Bechter: Grundteilung
- Blackout-Vorsorge: Feuerwehrhaus/Notrufmeldestelle (Anschaffung: Aggregat + Notstromumschaltung); UV-Anlage Völken (Anschaffung: Aggregat).
- Pumpwerk Scheidbach: Errichtungs- und Dienstbarkeitsvertrag
- Pflegeheim (siehe: TOP „Allfälliges“)
- Bergrettung
- Zahnarzt: Es gibt nach wie vor Interesse eines Zahnarztes an der Räumlichkeit im Gemeindehaus. Ebenso liegt ein positiver Bescheid des Landes vor.

Flüchtlingswesen:

- BürgerInnen-Information mit VertreterInnen der Caritas und vom Land, am 14.03.2023
- Alle Flüchtlinge, welche in P199 wohnhaft sind, wurden am 20.03.2023 zu einem Kennenlernen/Austausch ins Gemeindeamt eingeladen. Neben dem Bgm. haben auch die GV Caroline Jäger und Anton Gerbis interessiert teilgenommen. Angst und Sorgen vor den geflüchteten Menschen brauche man keine haben. Die Flüchtlinge haben den Wunsch geäußert, sich aktiv in der Gemeinde einzubringen. Sie sind durchwegs gut ausgebildet. Auch unser Anspruch an die westlichen Werthaltungen konnten erläutert werden wobei hervorzuheben ist, dass es keinerlei gebe. Aus der Verwaltung heraus wird man sich um einen Integrationsprozess bemühen und auch positiv vermitteln.

Aus dem Bauamt (und -ausschuss):

- Feurstein Walter, Windern 377: Umbau Werkstatt in Wohnung
- Hagspiel Kurt, Ach (Tischlerei): Zubau von Wohnräumen, eines Lagerraumes, anbei einer Vorplatzüberdachung
- Nenning Martin, Platz 196: Div. Zubauten am Bestand
- Hagspiel Jürgen, Korlen 72: Terrassenüberdachung u. PV-Bestückung (Dach, Fassade)
- Bechter Michel, Helmisau 116: Altbauersatz östliche Haushälfte mit Erweiterung
- Schelling Manuel, Tannen 477: Zubau eines Kellerraumes
- Lang Helene, Platz 422: Umbau Wohnhaus Kurzentobel 36
- Bushus: Bauverhandlung am 19.04.2023
- Energieautonomes Betriebsgebiet Basen
- Ausschreibung Sanierung Gemeindestraße Heideggen
- Sohlrampe Biberstein
- Zufahrt Pumpwerk Scheidbach
- Gebrauchserlaubnis Gemeindestraße Platz-Banholz für Fernwärme-Grabung erteilt
- Feststoffbewirtschaftung Bolgenach-Speicher: Bau einer Seilbahn

11. Allfälliges

- Termin für den Ehrungsnachmittag: Samstag, 15.04.2023, von 14:00 bis 18:00 Uhr (mit gemütlichem Ausklang).
- 50 Jahre Fa. Mersen: Bgm. Gerhard Beer berichtet von der gelungenen Veranstaltung und über die Weltklasse-Leistungen der Fa. Mersen in Hittisau und darüber hinaus. Zur Jubiläumsfeier sei auch eine große Abordnung des Mersen-Headquarters aus Frankreich angereist. Das Unternehmen bringe viele Arbeitsplätze nach Hittisau. Auch die Gemeindeinfrastruktur werde von zahlreichen Mitarbeitenden genutzt.
- Lecknersee: INTERREG-Förderantrag ist in Vorbereitung.
- Pflegeheim: Weiterführende Gespräche scheinen eine vertiefte Berichterstattung bzw. eine Vorstellung der weiteren Vorgehensweise (inkl. GST-Kauf) bei der nächsten GV-Sitzung im April zuzulassen.
- RvB-Saal: Ausschusssitzung, am 28.03.2023, um 20 Uhr, im Gemeindeamt.

GV Magdalena Bechter und Caroline Jäger bieten bereitwillig ihre Hilfe hinsichtlich der Vorbereitung und Durchführung für den Ehrungsabend an, welche Bgm. Gerhard Beer dankend annimmt.

VizeBgm. Anton Gerbis bittet darum, dass sich die GemeindevertreterInnen zügig mit Ida Bals mit Vorschlägen für Möglichkeiten hinsichtlich der Kinderbetreuungsörtlichkeit in Verbindung setzen. Nach einer raschen Prüfung der Vorschläge alternativer Möglichkeiten wird eine Besprechung folgen.

VizeBgm. Anton Gerbis lädt die Gemeindevertretung, anlässlich seines 60. Geburtstags, zu einem gemütlichen Beisammensein ein.

Der Vorsitzende bedankt sich bei allen für ihr Kommen sowie die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 00:30 Uhr.

Der Schriftführer:
Johannes Ritter

Der Bürgermeister:
Gerhard Beer

